

Ungleich, aber gerecht? Legitimationsangebote für Ungleichheit in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung seit 1970

Luzie Sennewald

Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Legitime Ungleichheiten? Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten«

Einstieg

Die Thematisierung von Ungleichheit boomt (Mau, Schöneck 2015) und mit ihr die Diskussionen über eine Erosion der Mittelschicht, ihr Schrumpfen und den Druck, dem sie sich durch eine schwieriger werdende Statussicherung ausgesetzt sehen könnte (Nachtwey 2016; Bertelsmann Stiftung 2012). Das Zeitalter des Neoliberalismus hat soziale und ökonomische Ungleichheiten verschärft und in der Mitte der Gesellschaft Prekaritätsgefühle und Abstiegsängste geweckt. Trotz der Sorge vor der Ausbreitung von sozialer Ungleichheit, und damit vor einem eigenen möglichen sozialen Abstieg, zweifeln die wenigstens Menschen ernsthaft an der Notwendigkeit von bestehenden Ungleichheiten. Beispielsweise hält zwar weit mehr als die Hälfte der Befragten einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach) zufolge die Besitzverhältnisse in Deutschland für nicht gerecht, trotzdem wollen dieselben Menschen im weiteren Verlauf der Befragung den ungleichen Verhältnissen nicht durch eine Vermögenssteuer oder die Aufstockung von Hartz IV Sätzen entgegenwirken. Stattdessen setzen sie auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit statt Angleichung (IfD Allensbach 2016). Meritokratische Rechtfertigungen für einen ungleichen gesellschaftlichen Zustand gehören zu den fest verankerten Wertvorstellungen dieser Gesellschaft. Die Möglichkeit, durch eigene Leistung einen sozialen Aufstieg und Teilhabe zu erarbeiten, hat dabei eine besondere Bedeutung für die aufstiegsorientierte Mittelschicht.

Soziale Ungleichheit gehört zu den universellen Strukturmerkmalen der modernen (kapitalistischen) Gesellschaft (Sachweh 2009: 16). Zwar hat es sie historisch immer gegeben, lediglich ihr Ausmaß befindet sich im Wandel, für moderne Gesellschaften stellt ihr Bestehen allerdings ein legitimatorisches Problem dar: mit der Erfindung der universellen Gleichheit als Leitidee der Moderne (Rosanvallon 2013: 21ff.) und der Erkenntnis, dass herrschende Ordnungen das Ergebnis menschlichen Handelns darstellen und somit prinzipiell veränderbar sind, kann eine strukturell bedingte Besser- oder Schlechterstellung bestimmter Individuen nicht mehr ohne weiteres als gottgegeben hingenommen werden. Ungleichheitsstrukturen werden als sozial bedingt und eng mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise verschränkt wahrgenommen.

Der Begriff „soziale Ungleichheit“ weist nicht auf beliebige soziale Unterschiedlichkeiten unter den Menschen hin, sondern auf die (von Menschenhand gemachte) ungleiche Verteilung der Ressourcen, die für ein gelingendes Leben unabdingbar sind (Burzan 2007: 7). Manche Ungleichbehandlungen gelten als Verstöße gegen unveräußerliche Rechte, seien es die Bürger- oder die Menschenrechte. Ihre Außerachtlassung kann durchaus bis hin zur Gefährdung der bestehenden sozialen Ordnung führen (siehe als Beispiel hierfür etwa die verschiedenen Arten des Aufbegehrens, die Oliver Nachtwey aufzeigt (2016) oder Wolfgang Streecks Ausblick auf ein möglicherweise „anomisches“ Ende des Kapitalismus (2014)). Die ungleiche Verteilung oder auch der ungleiche Zugang zu den erstrebenswerten Gütern und Positionen muss von den Gesellschaftsmitgliedern als legitim anerkannt werden (Volkman 2014), damit die Herrschaftsordnung stabil bleibt. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte aber sind geprägt von einer wieder wachsenden Einkommensungleichheit. In diesem Zusammenhang kann auch von einer großen Kehrt- („Great U-Turn“, Sachweh 2009: 16) bzw. einer neoliberalen Wende (Butterwegge et al. 2008) gesprochen werden. Vom voranschreitenden (aus einer neoliberalen Politikführung resultierenden) Rückbau sozialstaatlicher Leistungen, „politisch motivierte[r] Eingriffe in die Verteilung der Produktionsergebnisse und Lebenschancen“ (Streeck 2013: 157) sind nicht nur die ohnehin oft bereits stark abgehängten Unterschichten betroffen, sondern fühlen sich vermehrt auch die Mittelschichten verunsichert.

Die Auseinandersetzung damit, welche Legitimationsangebote die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) ihrem Mittelschichten-Publikum in Bezug auf soziale Ungleichheit und die ideologische Entkoppelung von Gleichheit und Gerechtigkeit seit den 1970er Jahren gemacht hat, bildet den Ausgangspunkt der Untersuchung. Hierfür wurden Meinungsartikel, die im Untersuchungszeitraum von 1970 bis Ende 2014 erschienen sind, diskursanalytisch ausgewertet. Anhand der verwendeten Argumente wurde überprüft, ob in der FAZ „Signifikationspolitik“ (Hall 1982) betrieben wird und welche Legitimationsmuster hervorgehoben und den Lesern zur Rechtfertigung von sozialer Ungleichheit angeboten werden. Die FAZ will eine Zeitung der deutschen Eliten sein, richtet sich aber auch an die mittleren Einkommensschichten. Gerade in der Mittelschicht spielen Legitimationsmuster wie „Chancengleichheit“ und „Leistungsgerechtigkeit“ eine wichtige Rolle, betonen sie doch die Eigenverantwortlichkeit des Individuums für das persönliche Schicksal und die Möglichkeit des ökonomischen und sozialen Aufstiegs. Die Untersuchung zeigt, dass für die Leserschaft aus der Mittelschicht Angebote gemacht werden, auch in krisenhaften Zeiten, die Hoffnung haben zu können über Leistung und Chancengleichheit Einfluss auf die eigenen Lebenschancen nehmen zu können.

Medien als Signifikationsapparate und die Produktion von Konsens

„Eine ‚gerechtfertigte‘ Ungleichheit macht sich kaum bemerkbar. Sie erscheint als selbstverständlich und ‚ganz natürlich.‘“ (Dubet 2008: 12)

Grundsätzlich wird von der Annahme ausgegangen, dass Orientierungswissen um normative und legitimierende Deutungsmuster sozial konstruiert ist (Berger, Luckmann 2009). Dieses Wissen wird gesellschaftlich organisiert vermittelt, beispielsweise durch die Massenmedien. Es trägt somit auch zur Herstellung und Reproduktion bestimmter Gerechtigkeitsvorstellungen bei (Volkman 2004). Konsens mit den herrschenden Normen erfolgt demnach nicht spontan, sondern ist das Resultat eines langen Prozesses sozialer Konstruktion. Die Medien nehmen in diesem „Kampf um Bedeutung“ eine elementare Rolle ein (Hall 1982: 78). Mithilfe von Stuart Halls Überlegungen zur Signifikationspolitik kann eine über

einen rein sozialkonstruktivistischen Ansatz hinausdeutende Einschätzung zur Genese und Funktion von (journalistischen) Legitimierungen versucht werden.

Die Bereitstellung von sozialem Wissen ist die erste große Funktion der modernen Massenmedien (Hall 1979: 340). Zu ihnen zählen „alle Einrichtungen der Gesellschaft [...], die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen“ (Luhmann 1996: 10), demzufolge neben Funk und Fernsehen und dem Internet, ganz klassisch auch weiterhin (trotz eines Wandels hin zur Nutzung von Online-Angeboten) die Printmedien. Auch wenn es kein einheitliches Konzept der „Leitmedien“ gibt, herrscht ein Grundkonsens darüber, dass es innerhalb des Medienangebots „Meinungsführermedien“ gibt (Stichwort: Agenda-Setting). Als Leitmedium gelten diejenigen Elemente der Massenmedien, die zur Subgruppe der Qualitätsmedien gezählt werden können, und die sich überdies vor allem dadurch auszeichnen, dass sie unter Journalistinnen und Journalisten und innerhalb der Medienwelt ein besonders hohes Ansehen genießen, in besonderem Maße wahrgenommen werden und somit auf die Berichterstattung anderer Medien Einfluss nehmen (Inter-Media Agenda Setting) (Jäckel 2011: 218; Pfetsch et al. 2004: 40). Medial erzeugtes und durchaus selektiv konstruiertes Wissen (Hall 1979), trägt somit zur Herstellung und Reproduktion bestimmter Gerechtigkeitsvorstellungen bei (Volkman 2004).

In der durch die Cultural Studies beeinflussten Medienforschung werden alle diese gängigen Annahmen über die Funktion und Funktionsweise der Medien durch einen ideologiekritischen Ansatz erweitert. Eine wichtige Rolle spielt hier die allgemeine Frage danach, wie der ideologische Prozess als solcher funktioniert. Als ein „Mechanismus“ dieses Prozesses gelten die Medien, die sich zur Verbreitung und Organisation von Ideologie eignen. Ideologie definiert der Hall als „die Summe der verfügbaren Wege, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu interpretieren, definieren, verstehen und zu erklären“ (Hall 1989: 148). Damit ist gemeint, dass es immer verschiedenartige Deutungsangebote zu verschiedenen Ereignissen gibt, die beispielsweise durch die Medien (aber auch die Schulen oder Universitäten etc.) zu den Menschen transportiert werden. Um Ereignisse des gesellschaftlichen Lebens „einleuchtend“ zu finden, müssen sie wie auf einer Landkarte eingeordnet werden. Diese Einordnung erfolgt nicht spontan, sondern zumeist anhand eines dominanten Musters. Die Ereignisse werden einer bevorzugten Lesart oder eben einem Deutungsangebot folgend verstanden. Den bevorzugten Deutungen ist die ideologische Ordnung eingeschrieben (Hall 2004: 74f.). Die Verwendung des Begriffs „bevorzugt“ in seiner Formulierung weist daraufhin, dass Hall nicht der Meinung ist, dass die zur Verfügung stehenden Deutungen zwangsweise auch ausgewählt werden müssten. Stattdessen gäbe es eine „dominante Ideologie“, neben der aber auch oppositionelle Stimmen erklingen könnten.

Mit dieser Erkenntnis wenden sich die Cultural Studies Antonio Gramscis Hegemoniebegriff zu (Marchart 2008: 164). In Anlehnung an Gramscis Hegemonietheorie stellte Hall fest, dass Konsens mit den herrschenden Normen, also die Decodierung von Ereignissen nach der dominanten Lesart, nicht spontan erfolge, sondern das Resultat eines langen Prozesses sozialer Konstruktion, einem „Kampf um Bedeutung“, sei. In eben diesem Kampf spielten die Medien eine elementare Rolle (Hall 1982: 78). Sie seien das dominante Instrument, durch das soziale Signifikation in modernen Gesellschaften ausgeübt werde und organisierten die *mystical unity of the consensus* (Hall 1979: 339). Hall bezeichnet sie deswegen auch als „Signifikationsapparate“ (Hall 1982: 83). Sie seien mit der Macht ausgestattet nicht nur Deutungsmuster anzubieten, sondern auch die Wahrscheinlichkeit ihrer Nutzung deutlich zu erhöhen. Mit dem Begriff *politics of signification* bezeichnet er das politische Ringen der Träger bestimmter Ideologien. Die Macht, Meinungen zu machen, ist gesellschaftlich zwar alles andere als gleich verteilt, allerdings eben auch nicht komplett einseitig auf der Seite der Mächtigen zu verorten. Ständige

Kämpfe um Deutungen in den Medien spiegeln das ungleiche und umkämpfte Kräfteverhältnis im Staat wider (Hall 1982: 70ff.).

Gramsci sieht die Aufgabe der Medien in der Verbreitung und Organisation bestimmter Typen von Kultur (Gramsci 1991ff.: 1512f.) und dem Bestreiten politischer (und ideologischer) Kämpfe. Gelebtes und praktiziertes Einverständnis mit den Verhältnissen, das heißt Konsens zu einer bestimmten Kultur, bildet nach Antonio Gramsci den Kern der Hegemonie. Die bürgerliche Herrschaft zeichne sich durch eine Kombination aus eben diesem Konsens einerseits und Zwang andererseits aus. Konsens muss, ganz wie der Legitimitätsglaube bei Max Weber (2000), hergestellt und fortan organisiert werden.

Die Aufgabe der Organisation der Hegemonie übernehmen die sogenannten „organischen Intellektuellen“. Diese Intellektuellen, die mit den von Peter L. Berger und Thomas Luckmann eingeführten Legitimatoren verglichen werden können (Berger, Luckmann 2009: 104), übernehmen bei Gramsci die Aufgabe, die Hegemonie zu organisieren und eine bestimmte oder neue Art des Denkens oder Handelns voranzutreiben (Becker et al. 2014: 90). Sie sind es auch die den öffentlichen Diskurs, den Rednerkampf, in der Zivilgesellschaft bestreiten, die Sabine Kebir folgend, vergleichbar ist mit Jürgen Habermas nichtstaatlicher Öffentlichkeit. Das Zentrum der Zivilgesellschaft bildet der bereits erwähnte Alltagsverstand (Kebir 1991: 53; 123): die „spontane Philosophie der Volksmengen“ (Gramsci 1991ff.: 1393–1398). Bestimmte Überzeugungen, die es schaffen, in das Repertoire des Alltagsverstands „aufgenommen zu werden“, haben sich über den Umkreis der Intellektuellen hinaus verbreitet, die sie erdacht haben. Die möglichst kohärente Organisation des Alltagsverstandes, also Sinnwelten zu erschaffen, die in sich schlüssig scheinen, ist ein wichtiger Teil der Arbeit der organischen Intellektuellen. Halls Überlegungen zur Signifikationspolitik können genau so verstanden werden: Die Träger der herrschenden Ideologie machen Politik. Sie deuten Gerechtigkeitsauffassungen so um, dass sie passend werden zu den herrschenden Verhältnissen und sich widerspruchlos in das vorhandene Weltbild einfügen lassen.

Eine weitere Aufgabe der Intellektuellen, die zur Verallgemeinerung der Weltauffassung beiträgt, ist es, sich „Kompromisse und Auswege zwischen den extremen Lösungen [aus]zu denken“ (Gramsci 1991ff.: 1562), da moderatere Meinungen anschlussfähiger sind. Der „Zement“, der die Zivilgesellschaft zusammenhält, die gemeinsame Ideologie, lebt vor allem davon, verallgemeinerbar zu bleiben und so möglichst viele, auch unterschiedliche Interessen verschiedener Gruppen zu kombinieren und einzuhegen (Becker et al. 2014: 111). Bei der Aufgabe, die ideologische Front „zu bewahren, zu verteidigen und zu entfalten“, übernimmt die Presse die Aufgaben, die den „beträchtlichste[n] und dynamischste[n] Teil“ (Gramsci 1991ff.: 373–374) der ideologischen Struktur ausmachen. Leitartikler/-innen produzieren das ideologische Material, welches die öffentliche Meinung direkt oder indirekt beeinflusst.

Untersuchungsgegenstand und diskursanalytische Methode

„Die FAZ macht keine Meinung, sie hat eine“

(FAZ GmbH 2007:11)

Die Auseinandersetzung damit, welche Legitimationsangebote die FAZ ihrer Leserschaft, mit besonderem Augenmerk auf die mitlesende Mittelschicht, in Bezug auf soziale Ungleichheit und die ideologische Entkopplung von Gleichheit und Gerechtigkeit seit den 1970er Jahren gemacht hat, bildet den Ausgangspunkt der Untersuchung. Nachdem theoretisch argumentiert wurde, dass Deutungsmuster umkämpft sind und einer der „Hauptverhandlungsorte“, also die Arena in der für oder wider bestimm-

te Legitimationsvorstellung gestritten wird, die Medien darstellen, ist es naheliegend, journalistische Textproduktionen näher zu untersuchen.

Ein geeignetes Analyseverfahren stellt in diesem Zusammenhang die Diskursanalyse dar. Ansatzpunkt der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse ist der Bezeichnung entsprechend erst einmal der Diskurs, also eine „inhaltlich-thematisch bestimmte institutionalisierte Textproduktion“. Als öffentlicher Diskurs wird die medienvermittelte Diskussion politischer Themen bezeichnet. Die Analyse desselben soll Prozesse der sozialen Konstruktion und Legitimation von Sinnstrukturen rekonstruieren und die gesellschaftliche Wirkung analysieren (Keller 2009: 43f.). Damit Diskursanalysen nicht ungewollt den gesellschaftlichen Kontext ausklammern oder in einer reinen „Wortzählerei“ stecken bleiben, kann es hilfreich sein, sie durch Hegemonietheorien zu erweitern (Dzudzek et al. 2012: 12ff.). Vonseiten der Cultural Studies wurde sich seit den 1970er Jahren mit der Analyse populärkultureller Medieninhalte beschäftigt und versucht, anhand der Ergebnisse Aussagen über die Machtverhältnisse in einer Gesellschaft zu treffen (Bonfadelli 2002: 56). Um also über einen sozialkonstruktivistischen Ansatz hinausdeutende Überlegungen anstellen zu können, soll sich die hier durchgeführte Diskursanalyse, im Sinne der theoretischen Vorüberlegungen, vor allem hinsichtlich der Bewertung der Ergebnisse an Stuart Halls und Antonio Gramscis Theorien zu Signifikation und der Arbeit der organischen Intellektuellen anlehnen.

Erster Schritt einer Diskursanalyse ist die Festlegung des zu untersuchenden Diskursfeldes bzw. des Themas aufhängers und des institutionellen bzw. akteursbezogenen Settings (Keller 2007: 81). Das Setting der vorliegenden Untersuchung war die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die empirischen Untersuchungen wurden anhand eines erhobenen Textkorpus durchgeführt. Um der Frage nach dem Angebot von Deutungsmustern nachzugehen, wurden relevante Meinungsartikel auf ihre Argumentation hin untersucht.

Die FAZ wurde als Untersuchungsgegenstand ausgewählt, da sie zu den großen täglich erscheinenden „Qualitätszeitungen“ Deutschlands zählt. Sie nimmt eine „Leuchtturmfunktion“ in der deutschen Medienlandschaft ein und hat eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs inne (Blum et al. 2011: 7). Die FAZ ist also in der Lage, Einfluss auf die öffentliche Meinung, auf Wertvorstellungen aber auch auf andere Massenmedien zu nehmen. Sie stellt ohne Zweifel ein gewichtiges deutsches Leitmedium dar, das klare marktwirtschaftliche Positionen bezieht und als bürgerlich-konservativ eingestuft werden kann. Die Zeitung versteht sich auch selbst als „Meinungsblatt“ (FAZ GmbH 2007: 11), das sich in besonderer Weise an Eliten richtet. Anders als etwa die Süddeutsche Zeitung, die der FAZ hinsichtlich ihres journalistischen und gesellschaftlichen Stellenwertes gleichzusetzen ist, aber aufgrund ihrer liberalen Positionierung in ihren Kommentaren häufig eher erörtert statt bewertet (Volkmann 2006: 105) und meistens in einem Blatt mindestens zwei Standpunkten, die sich häufig auch widersprechen, Platz einräumt (Schwalkowski 2011: 30). Die FAZ will gezielt Einfluss auf ihre Leser/-innen und über diese auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen. Ihre Kommentatorinnen und Kommentatoren werden als „elitenorientiert“ eingeschätzt und gehen nach eigener Angabe auch selbst davon aus, dass die von ihnen veröffentlichten Meinungen an höchster Stelle Einfluss nehmen (Pfetsch et al. 2004: 66): „Der ‚kluge Kopf‘, der hinter der Zeitung steckt, trifft Entscheidungen in der Wirtschaft und verdient dabei in der Regel nicht schlecht“ (FAZ GmbH 2012: 13). Die Größenordnung der verkauften Exemplare (auch bei tendenziell sinkender Auflage, waren es im dritten Quartal 2016 noch 255.198 Exemplare (Statista GmbH 2016)) zeigt, dass die FAZ aber nicht nur einen kleinen Kreis an Meinungsführern erreicht, sondern ihre Leserschaft ebenfalls in der Mittelschicht findet. Der Schriftsteller Friedrich Christian Delius urteilte über die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Sie vertritt nicht sektiererisch eine bestimmte konservative Richtung, sondern die Mitte all dieser Richtungen. Sie ist der Katalysator des neoliberalen wie

des altkonservativen, des nationalen wie des neokonservativen Gedankenguts“ (zitiert nach Dohrendorf 1990: 19). Ein Hinweis darauf, dass in der FAZ im gramscianischen Sinne Verallgemeinerung betrieben wird.

Der erhobene Textkorpus, der die Datengrundlage der Untersuchung bildet, setzt sich aus Zeitungsartikeln zusammen, die aus dem Wirtschaftsteil der FAZ stammen und über den gesamten festgelegten Untersuchungszeitraum (Anfang 1970 – Ende 2014) veröffentlicht wurden. Es handelt sich also um ein Pressesample und dementsprechend um „natürliche“ Daten, die im Untersuchungsfeld selbst produziert worden sind. Der Textkorpus wurde mithilfe der elektronischen Zeitungsdatenbank der FAZ in einem mehrstufigen Verfahren erhoben.

Ausgewählt wurden nur so genannte „Meinungsartikel“, aufgrund der Vorannahme, dass diese Art von Artikeln auf Seite der Verfasserin oder des Verfassers mit der Intention angefertigt wurden, Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen (und den Artikeln deswegen nicht nur „unterstellt“ wird, sie würden Einfluss nehmen) und auf Seite der Rezipienten genau diese Aufgabe auch erfüllen und erheblichen Einfluss auf Einstellungen und Orientierungswissen nehmen können. Zur Meinungspresse gehören Leitartikel und (Leit-)Glossen, aus denen sich im Laufe der Zeit der moderne Kurzkomentar entwickelt hat. Der Leitartikel wird als zeitaktueller, weit ausholender und seine Argumentation in der Breite und Tiefe entwickelnder Text charakterisiert, der über eine gewisse Länge verfügt. Der Kommentar, sein „kleiner Bruder“, will das Gleiche, nämlich meinungsbildend wirken. Er ist allerdings kürzer und schnörkelloser und meist tagesaktuell. Kommentare stoßen den Meinungsbildungsprozess quasi nur an, statt tiefgehend reflektiert Positionen zu entwickeln, wie es Leitartikel tun. Die Glosse reiht sich als scharfer, manchmal sogar spöttisch-ironischer Kurzkomentar in die Reihe der Meinungsartikel ein (Schalkowski 2011: 14ff.).

Damit die Artikel für die Untersuchung Relevanz haben, müssen sie Legitimationsstatements enthalten (als kleinste Sinneinheit von Legitimationsdiskursen, Nullmeier et al. 2014: 50f.). Deswegen wurden die Texte anhand relevanter Schlagworte ausgewählt und in einem anschließenden Schritt systematisch irrelevante Treffer aussortiert. Der Untersuchungszeitraum von 1970–2014 wurde gewählt, um ein mögliches „Umschlagen der politisch-kulturellen Hegemonie“ (Volkman 2006: 105) aufzeigen zu können. Die 1970er Jahre gelten gemeinhin als die Zeit des Aufstiegs neoliberaler Ideen. Da die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Deutschland erst in den 1990er Jahren ihre Wirkung entfaltete, sollte eine mögliche Wende mit dem gewählten Zeitraum abgedeckt sein. Der gesamte Textkorpus enthält somit 120 Meinungsartikel, bestehend aus 56 Leitartikeln, 45 Standpunkten (so heißen die Kommentare in der FAZ) und 19 Glossen. Mithilfe der Software MAXQDA wurden alle Artikel codiert. Das hierzu erarbeitete Kategoriensystem enthält alle Legitimationsmuster, deren Auftauchen in der Debatte im Vorfeld vermutet wurde.

Die „organischen Intellektuellen“ am Werk

„Gleichzeitig konnte sich jedoch das Großbürgertum nicht formell von denen lösen, die unmittelbar unter ihm standen, da es für Neuankömmlinge offen bleiben mußte – das lag in seinem Wesen begründet[...].“

(Hobsbawm 1989: 224f.)

Anhand der Häufigkeiten der vergebenen Codes konnten erste Schlüsse über die Wichtigkeit bestimmter Argumente im Diskurs gezogen werden. Das am häufigsten herangezogene Deutungsmuster im Ungleichheitsdiskurs stellte die Leistungsgerechtigkeit dar, gefolgt von einer Abwertung des Gleich-

heitsideals, einer negativen Beurteilung von Staatseingriffen und der Trennung von Gleichheit und Gerechtigkeit. Am fünfthäufigsten wurde die Chancengerechtigkeit herangezogen. Leistungsgerechtigkeit ist somit wie erwartet im Diskurs das dominante Deutungsmuster bei der Bearbeitung des Tatbestands sozialer Ungleichheit. Auch die Ablehnung des Gleichheitsprinzips spielt in den Artikeln eine gewichtige Rolle.

Bei der Sichtung des Textmaterials war auffällig, wie häufig „idealtypische“ neoliberale Argumente von den Autor/-innen angebracht wurden, wenn es um die Rechtfertigung bestehender Ungleichheiten ging. Idealtypisch deshalb, da sie (entweder durch direkte Bezugnahme oder eine identische inhaltliche Aussage) beispielsweise der Argumentation eines Friedrich August von Hayek folgen. Hayek, der in den 1970er Jahren auch selbst in der FAZ zu Wort kam, kann als ein „radikaler“ Vertreter des Neoliberalismus eingeordnet werden, dessen Aussagen beispielhaft für eine radikale neoliberale Position stehen. So kann beleuchtet werden, wie die FAZ-Journalist/-innen, die hier sinnbildlich für die organischen Intellektuellen des Bürgertums stehen, argumentieren (Radikal? Vermittelnd? etc.). Außerdem soll die Überlegung Gramscis, dass organische Intellektuelle „Kompromisse“ denken und anbieten sollen, überprüft werden.

In den untersuchten Artikeln lassen sich also viele solcher fast „lehrbuchmäßigen“ neoliberaler Erklärungs- und Deutungsmuster zur Unterstützung der Argumentation auffinden. Die Ablehnung aller Staatseingriffe und die Warnung vor einer „Gleichheitsideologie“ beispielsweise. Hinsichtlich des Gleichheitsideals lässt sich feststellen, dass Gleichheit und Gerechtigkeit in der FAZ durchgängig in einen negativen Zusammenhang gebracht werden. Wenn Gleichheit als Gerechtigkeitsziel durchgesetzt werden soll, dann, so wird stets gewarnt, nur um den Preis eines niedrigeren Lebensstandards. Dieser sinke vor allem dadurch, dass „Gleichmacherei“ Leistungsanreize zerstören würde, die für den allgemeinen Wohlstand unbedingt notwendig wären. Dieses Argument enthält im Kern auch die Propagierung eines ganz bestimmten Menschenbilds. Dieser Sichtweise folgend, fehlt den Individuen ohne Ungleichheit jeglicher Antrieb zu Leistung.

Tatsächlich findet sich unter den FAZ-Autorinnen und Autoren niemand, der der Gleichheitsidee viel abgewinnen könnte oder sich mehr Gleichheit wünschen würde. Zu keinem anderen Begriff werden so deutliche Worte gefunden wie zur Idee der Gleichheit. Hinter jeder Gleichheitsforderung, so wird suggeriert, lauern potenziell Totalitarismus und Unfreiheit. Exemplarisch für diese gleichheitskritische Rhetorik fielen etwa die Begriffe „Gleichmacherei“, „Egalitätsdoktrin“, „verordnete Gleichheit“, „Zwangsscharakter der Egalisierung“, es war die Rede vom „Schreckbild der egalitären Massengesellschaft“, einer „Gleichheitsfalle“ und dem „gesetzlich verordneten Gleichheitsideal“ durch die „Gleichheitsapostel“. Als Argumente gegen Gleichheit konnten sich in der FAZ vor allem wirtschafts- bzw. neoliberale Begründungen durchsetzen, etwa, dass eine gesellschaftliche Ausrichtung auf das Gleichheitsprinzip dem Höchstmaß an Wohlstand und Effizienz entgegenstehe und die Anreize für die größtmögliche und im Endeffekt allen zu Gute kommende Reichtumsproduktion untergrabe, sowie, dass „Gleichmacherei“ dem Freiheitsideal entgegenstehe.

An zwei interessanten Punkten argumentieren die Journalist/-innen jedoch keineswegs so radikal neoliberal wie es etwa Hayek tun würde. Ausgerechnet die Leistungsgerechtigkeit, das wichtigste Legitimationsmuster im Diskurs überhaupt, und auch die Chancengleichheit spielen im radikalen Neoliberalismus keine Rolle. Im Gegenteil, sie werden als utopisch bzw. gefährlich für die individuelle Freiheit verworfen. Zur Leistungsgerechtigkeit äußert Hayek, dass sie nicht gewährleistet werden könne, so „daß für alle Einzelpersonen und Gruppen das Risiko eines unverdienten Fehlschlags entsteht.“ (Hayek 2003: 221). Zur Chancengleichheit heißt es bei ihm:

„Die Forderung nach Chancengleichheit oder Startgerechtigkeit gefällt vielen (und wird von vielen unterstützt), die im Allgemeinen für die freie Marktwirtschaft sind. [...] Um diese zu erreichen, müßte die Regierung die gesamte physische und menschliche Umgebung aller Personen kontrollieren und bestrebt sein, allen mindestens äquivalente Chancen zu verschaffen. [...] Dies würde so lange weitergehen müssen, bis die Regierung buchstäblich jeden Umstand kontrollierte, der das Wohlergehen irgendeiner Person beeinflussen könnte. [...] Jeder Versuch, es konkret zu realisieren, ist geeignet, einen Albtraum hervorzubringen.“ (Hayek 2003: 235ff.)

Obwohl beide Deutungsmuster die Eigenverantwortlichkeit des Individuums für sein Schicksal betonen, passen sie also nicht in eine genuin neoliberale Argumentation, die dem Staat kritisch gegenübersteht und in dem jede und jeder dem ihr oder ihm durch den Markt zugewiesenen Platz akzeptieren sollte, unabhängig von Leistungsvermögen oder -bereitschaft. Die Mär vom Tellerwäscher, der es durch Leistung zum Millionär schafft, passt zwar eigentlich weder nach Deutschland noch in unsere Zeit, sie ist aber für einen Großteil der Bevölkerung ein wichtiger Legitimationsgrund dafür, bis auf weiteres an einem kapitalistischen System festzuhalten. Die Autor/-innen in der FAZ sind dabei nicht so offen wie Hayek, der zugibt, dass die Teilnahme am Markt einem Spiel gleicht („Katallaxie“, Hayek 2003: 158ff.), in dem nur das Verhalten der Spieler, nicht aber das Ergebnis gerecht sein könne und dass der Glauben an die Gerechtigkeit der Entlohnung notwendig wäre, um die Menschen zu Leistung und Effizienz anzutreiben (Hayek 2003: 221ff.). Er entlarvt damit die Leistungsgerechtigkeit als eine notwendige Illusion der kapitalistischen Gesellschaft. In der FAZ argumentieren die Journalist/-innen hingegen, um einige Beispiele zu nennen, dass „Leistung belohnt wird“, Leistungsgerechtigkeit „heute so stark ausgeprägt wie nie zuvor“ ist und das Leistungsprinzip zu einer „Auslese der Besten“ führe, die nicht „als eine geschlossene soziale Gruppe anzusehen“ sei.

Die kleine Schwester der Leistungsgerechtigkeit ist die Chancengerechtigkeit oder Chancengleichheit. Mit der Idee verknüpft ist die Anforderung, dass die Möglichkeiten, überhaupt in einen leistungsfähigen Zustand versetzt zu werden, für jedes Individuum gegeben sein müssten. Was auf den ersten Blick nach der Freiheit Erfolg zu haben klingt, ist von einem radikalen neoliberalen Standpunkt aus gesehen eine Gefährdung derselben. Der Eingriff in die „Chancen“ und ihre Nivellierung kann nur über eine zentrale Steuerungsstelle, den Staat, erfolgen. Und genau diese Möglichkeit zu umfassenden Eingriffen darf einem neoliberalen Freiheitsverständnis nach dem Staat möglichst nicht gewährt werden. Das heißt, dass genuine Neoliberale eine wirkliche Chancengleichheit weder für herstellbar, noch für wünschenswert halten. In der FAZ finden sich trotzdem vor allem Argumente, die die Möglichkeit und das erstrebenswerte Ziel der Chancengleichheit unterstützen und bekräftigen, wie, dass „Enabling (Befähigung)“ und in diesem Zusammenhang Chancen- statt Ergebnisgleichheit anzustreben sei, Chancengleichheit wichtiger sei als Verteilungsgerechtigkeit und dass eben jeder „hinauf- und hinabsteigen können“ müsse, alle Wege demnach offenstehen müssten.

Fazit

Der Mythos von der gerecht entlohnten Leistung und dem damit zusammenhängenden sozialen Aufstieg, bzw. der Legitimation durch Leistung erworbener Privilegien, wird in der FAZ gepflegt. Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit spielen als Legitimationsmuster in der aufstiegsorientierten Mittelschicht eine grundlegende Rolle, die darauf angewiesen ist, da kein Erbe oder Besitz in ausreichendem Maße zur Verfügung steht, dass der finanzielle und soziale Aufstieg, oder immerhin die Aufrechterhaltung des erworbenen Status, als Möglichkeit offenbleibt.

Dass die Leistungsargumentation teilweise auch deutliche Brüche aufweist, wird in der Debatte zum Erbe im Allgemeinen und der Erbschaftssteuer im Besonderen deutlich. Obwohl eine Erbschaft ganz offensichtlich nichts mit der Leistung des Erbenden zu tun hat und somit gegen das Leistungsprinzip verstößt, versuchen die FAZ-Autor/-innen im Namen des Privateigentums die Beibehaltung des Erbschaftsprinzips bzw. die Abschaffung der Erbschaftssteuer zu rechtfertigen. Auch in diesem Punkt richtet sich die FAZ nicht nur an die „Reichen“, sondern klassenübergreifend auch an die Mittelschichten, die am stärksten von der Erbschaftssteuer belastet werden. Und auch ganz generell lässt sich feststellen, dass die FAZ-Autor/-innen vor allem an den Legitimationsmustern festhalten, die den „Status quo“ aufrechterhalten. Dass die Journalistinnen und Journalisten immer noch vor allem das Leistungsprinzip bemühen, obwohl von einer Leistungsgesellschaft längst keine Rede mehr sein kann, lässt den Elitenforscher Michael Hartmann zu dem Schluss kommen, dass es den Verteidigern der Leistungsgerechtigkeit vor allem darum gehe, ihre privilegierten Positionen zu bewahren und auszubauen (Hartmann 2002). Sighard Neckel spricht in diesem Zusammenhang auch von einer „Refeudalisierung“ der Gesellschaft (Neckel 2013).

Die Argumentation und die Kompromissfähigkeit der FAZ-Autor/-innen lassen sich mit Gramscis Konzept der organischen Intellektuellen deuten und erklären. Leistungsgerechtigkeit erhält genau wie Chancengleichheit große Zustimmung in der Bevölkerung, diese beiden Ideen sind der Kern des Kompromisses, der die kapitalistische Gesellschaft zusammenhält.

2006 stimmten in einer Bevölkerungsumfrage des Statistischen Bundesamtes im Osten circa 44 Prozent und im Westen circa 62 Prozent der Befragten Aussagen zu, die „Rangunterschiede“ durch Leistung rechtfertigten bzw. dadurch, was man aus seinen Chancen gemacht hatte (Statistisches Bundesamt 2006: 626). Auch Patrick Sachweh kommt in seiner Studie zu Gerechtigkeitsorientierungen in Deutschland zu dem Ergebnis, dass insbesondere das Leistungsprinzip im Hinblick auf die Legitimation von Ungleichheit wichtig ist. Chancengleichheit wird vor allem von Mitgliedern der oberen sozio-ökonomischen Schichten als erstrebenswert angesehen (wenn auch noch nicht als realisiert) (Sachweh 2009: 269). Ihre Wichtigkeit erlangen die beiden Legitimationsmuster durch ihre implizite Zusicherung, dass jedes Individuum sein Schicksal selbst in der Hand hat. Das ist besonders für Aufsteiger/-innen und die breiten Mittelschichten ein wichtiges Versprechen, sehen sie sich doch als Leistungsträger/-innen und potenzielle Aufsteiger/-innen. Die Forderungen nach größerer Chancengleichheit stehen also mit den spezifischen Interessen der Mitglieder der Mittelklasse im Einklang (Sachweh 2009: 280).

Um klassen- bzw. gruppenübergreifende Bündnisse schließen zu können, müssen diese Interessen aufgegriffen werden. Diese Aufgabe erfüllen die organischen Intellektuellen, indem sie die Kompromisse denken, die dazu geeignet sind, auch unterschiedliche Interessengruppen unter neoliberaler Führung zu vereinen. Hayeks und die Forderungen anderer radikaler Neoliberaler könnten keine Klassenbündnisse hervorbringen und keine Mehrheiten in der Bevölkerung gewinnen. Sie bleiben trotzdem präsent und werden von Zeit zu Zeit aufgegriffen, eventuell auch um eine gewisse „Seismographen-Funktion“ zu erfüllen und auszutesten wie weit die gängigen öffentlichen Positionen in Richtung eines radikaleren Neoliberalismus verschoben werden könn(t)en. Während der reine Neoliberalismus als nicht hegemoniefähig eingeschätzt werden kann (Demirovic 2008), weisen die Untersuchungsergebnisse darauf hin, dass auch im ideellen Betrieb nicht auf die kompromisslose Durchsetzung einseitiger Interessen gesetzt wird, sondern im Sinne der Integration der (Mittel-)schichten weiterhin auf Verallgemeinerung und Kompromisse gesetzt wird.

Literatur

- Becker, F., et al. (Hg.) 2014: Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte. Hamburg: Argument.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 2009: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Blum, R. et al. (Hg.) 2011: Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation. Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bonfadelli, H. 2002: Medieninhaltsforschung. Konstanz: UTB.
- Burzan, N. 2007: Soziale Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, C., et al. (Hg.) 2008: Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Demirovic, A. 2008: Neoliberalismus und Hegemonie. In C. Butterwegge et al. (Hg.), Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 17–33.
- Dohrendorf, R. 1990: Zum publizistischen Profil der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Dubet, F. 2008: Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz. Hamburg: Hamburger Edition.
- Dzudzek, I., et al. (Hg.) 2012: Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven. Bielefeld: transcript.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (Hg.) 2012: Wo ihre Werbung wirkt. Werbemöglichkeiten 2012 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und auf unseren digitalen Angeboten. Frankfurt am Main.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (Hg.) 2007: Alles über die Zeitung. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung stellt sich vor. Frankfurt am Main.
- Früh, W. 2011: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Konstanz: UTB.
- Gramsci, A. 1991ff.: Gefängnishefte. Herausgegeben von K. Bochmann, W. F. Haug. Hamburg: Argument.
- Hall, S. 1979: Culture, the Media and the „Ideological Effect“. In J. Curran et al. (Hg.), Mass Communication and Society. London: Hodder Arnold, 315–348.
- Hall, S. 1982: The Rediscovery of „Ideology“. Return of the Repressed in Media Studies. In M. Gurevitch et al. (Hg.), Culture, Society and the Media. London: Routledge, 56–90.
- Hall, S. 1989: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. Hamburg: Argument.
- Hall, S. 2004: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Hamburg: Argument.
- Hartmann, M. 2002: Der Mythos von den Leistungseliten. Frankfurt am Main: Campus.
- Hayek, F. A. von 2003: Recht, Gesetz und Freiheit. Herausgegeben von V. J. Vanberg, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hobsbawm, E. J. 1989: Das imperiale Zeitalter 1875–1914. Frankfurt am Main: Campus.
- Institut für Demoskopie Allensbach 2016: Die Generation Mitte 2016, <http://www.gdv.de/2016/09/generation-mitte-2016-die-studienergebnisse-im-ueberblick/> (letzter Abruf 07. Januar 2017).
- Jäckel, M. 2011: Medienwirkungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kebir, S. 1991: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg: VSA Verlag.
- Keller, R. 2009: Müll. Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. 2007: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Luhmann, N. 1996: Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mau, S., Schöneck N. M. 2015: (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marchart, O. 2008: Cultural Studies. Konstanz: UTB.
- Nachtwey, O. 2016: Die Abstiegs-gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neckel, S. 2013: „Refeudalisierung“. Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse. Leviathan, 41. Jg., Heft 1, 39-56.
- Nullmeier, F., et al. 2014: Marktwirtschaft in der Legitimationskrise? Ein internationaler Vergleich. Frankfurt am Main: Campus.
- Pfetsch, B., et al. 2004: Das „Kommentariat“. Rolle und Status einer Öffentlichkeitselite. In C. Eilders et al. (Hg.), Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 39-73.
- Rosanvallon, P. 2013: Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg: Hamburger Edition.
- Sachweh, P. 2009: Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung, Frankfurt am Main: Campus.
- Schalkowski, E. 2011: Kommentar, Glosse, Kritik. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Statista GmbH 2014: Verkaufte Auflage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Quartal 2010 bis zum 3. Quartal 2016, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/382146/umfrage/auflage-der-frankfurter-allgemeinen-zeitung> (letzter Aufruf 07. Januar 2017).
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 2006: Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2006/Datenreport/Datenreport_pdf.pdf?__blob=publicationFile (letzter Abruf 07. Januar 2017).
- Streeck, W. 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Volkman, U. 2004: Die journalistische Konstruktion gerechter Ungleichheiten. In S. Liebig et al. (Hg.), Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus, 297-328.
- Volkman, U. 2006: Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom „sozialdemokratischen Konsensus“ zum „Neoliberalismus“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Volkman, U. 2014: Soziale Ungleichheit. Soziologische Revue, 37. Jg., Heft1, 87-90.
- Weber, M. 2000: Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus. Weinheim: Beltz.